



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	197-2023
Vorstossart:	Motion
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2023.RRGR.266
Eingereicht am:	05.09.2023
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Lanz (Thun, SVP) (Sprecher/in) Freudiger (Langenthal, SVP) Jakob (Steffisburg, SVP)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt:	
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Finanzdirektion
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:	Auswahl

Verfahrensbeschleunigung durch gezielte Weiterbildung

Der Regierungsrat und die Justizleitung werden beauftragt, ein Weiterbildungsprogramm für Mitarbeitende der Verwaltung und der Justiz mit dem Ziel zu implementieren, dass sämtliche mit Verwaltungs- und Justizverfahren befasste Mitarbeitende die bestehenden Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung noch besser nutzen können.

Begründung:

In seiner Antwort auf das Postulat 125-2023 (Einsprache- und Beschwerdeverfahren durch Verwesentlichung beschleunigen) hat der Regierungsrat sinngemäss ausgeführt, es bestünden ausreichend Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung und er sehe keine weiteren gesetzgeberischen Möglichkeiten, um die Verfahrensdauern zu beschleunigen. Gleichzeitig ist allgemein anerkannt, dass Verwaltungs- und Verwaltungsjustizverfahren häufig zu lange dauern.

Bei dieser Ausgangslage bietet sich als weitere Möglichkeit zur Verfahrensbeschleunigung an, die Mitarbeitenden, die mit der Verfahrensführung befasst sind, noch besser mit den bestehenden Möglichkeiten und Techniken zur Verfahrensbeschleunigung vertraut zu machen. Dafür kann auch ein Austausch von Best-Practice-Beispielen dienen. Mit einer solchen Weiterbildungsoffensive können die Entscheidungsfreudigkeit gestärkt und mittelfristig eine Verkürzung der Verfahrensdauern erreicht werden. Ein entsprechendes Monitoring könnte allenfalls ebenfalls hilfreich sein.

Verteiler

– Grosser Rat